

PRESSEMITTEILUNG



(K)Eine Chance für junge Menschen?

Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit im parlamentarischen Gespräch zur notwendigen Fortsetzung der Programme „Kompetenzagenturen“ und „Schulverweigerung – Die 2. Chance“



Berlin, 6. April 2011. „Kann Politik die Zukunftschancen junger Menschen ignorieren? Wir sagen: Nein – daher brauchen Jugendliche mit Unterstützungsbedarf eine kompetente und nachhaltige Förderung, damit ihnen die Integration in das Arbeitsleben gelingt.“ Mit dieser Forderung bekräftigte Walter Würfel als Sprecher des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit bei einem parlamentarischen Gesprächsabend mit zahlreichen Abgeordneten in Berlin das Anliegen, die Programme der Initiative „JUGEND STÄRKEN“ in vollem Umfang weiterzuführen. Ab Sommer 2011 sollen lediglich ca. 200 statt bislang 400 Standorte der Programme „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ und „Kompetenzagenturen“ eine Kofinanzierung mit ESF-Mitteln erhalten. Zusätzlich wird die Kofinanzierung aus Mitteln der Arbeitsförderung (SGB II, SGB III) ab 2012 nicht mehr möglich sein. „Zur Fortsetzung erfolgreicher Arbeit brauchen wir andere Signale seitens der Bundesregierung. Diese wichtigen Jugendprogramme sollten auch aus dem Ministerium für Arbeit und Soziales Unterstützung erfahren und weiterhin die notwendigen Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds erhalten“, so Würfel.



Aktuell werden rund 40.000 junge Menschen bundesweit in 192 Anlauf- und Beratungsstellen für das Programm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ sowie in 204 Kompetenzagenturen unterstützt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert beide Programme aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) bis Ende 2013. Laut dem neuen Förderleitfaden, der Mitte März erschienen ist, wird allerdings ab September 2011 nur noch die Hälfte der bisherigen Mittel zur Verfügung stehen. In der Diskussion waren sich die Gäste aus Politik, Verbänden und Kommunen einig, dass ein solch erheblicher und kurzfristiger Einschnitt in die erfolgreiche Arbeit der Einrichtungen vor Ort nicht hinzunehmen sei. Es zeichnet sich ab, dass Länder und Kommunen alleine die drohende Finanzierungslücke nicht auffangen können und somit die Hälfte der Standorte der beiden Programme vor dem Aus stehen. Aus Sicht des Kooperationsverbundes muss daher die Finanzierung in der bisherigen Höhe bis 2013 fortgesetzt werden. Außerdem



1/2

bedarf es zukünftig eines abgestimmten und transparenten Verfahrens, um erfolgreiche Programme langfristig in den Kommunen zu verankern. „Welche Perspektiven können wir den Jugendlichen bieten, die sonst ohne Schulabschluss und Ausbildung bleiben?“ fragt Würfel. „Solche Hilfen dürfen nicht nach Kassenlage angeboten und dann wieder eingestellt werden.“



Weitere Informationen finden Sie unter www.jugendsozialarbeit.de/239.

Ansprechpartnerin:

Annika Koch

Referentin für Öffentlichkeitsarbeit im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit

Telefon: 030 / 28 87 89 59; E-Mail: annika.koch@jugendsozialarbeit.de

Internet: www.jugendsozialarbeit.de

Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.